



# TÜVA MITTEILUNGEN

TÜBINGER VEREIN  
ZUR FÖRDERUNG DER  
UR- UND FRÜHGESCHICHTLICHEN  
ARCHÄOLOGIE

## Vorwort

- 7 *Martin Bartelheim*  
Die ersten hundert Jahre des Tübinger Instituts für Ur- und Frühgeschichte und Archäologie des Mittelalters
- 15 *Heiko Tiede*  
An Exercise in the Reconstruction of eneolithic Population Densities in South East Europe
- 27 *Fabian Haack*  
Erdwerke und ritualisierte Gewalt: Herxheim und das Ende der Bandkeramik
- 45 *Gunter Schöbel*  
Regionale und zentrale Ausstellungen in Baden und Württemberg während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

**Impressum:**

Jahresschrift des Tübinger Vereins zur Förderung  
der Ur- und Frühgeschichtlichen Archäologie

**Herausgeber:**

Tübinger Verein zur Förderung  
der Ur- und Frühgeschichtlichen Archäologie  
c/o  
Institut für Ur- und Frühgeschichte und Archäologie des Mittelalters  
Schloss Hohentübingen  
72070 Tübingen  
Tel.: 07071/29 72 415  
Fax.: 07071/29 39 96

**Titelblattentwurf:**

Conny Meister M.Sc.

**Redaktion und Layout:**

Helen Kapeller B.A., David Kirschenheuter M.A., Benjamin Höpfer M.A.

**Titelbild:**

Motiv einer keltischen Silbermünze  
(Büschelquinar) aus dem Oppidum Altenburg

© Tübingen 2021

Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Verfasser verantwortlich.

ISSN: 1436-9362

# TÜVA

# Mitteilungen

Tübinger Verein zur Förderung  
der Ur- und Frühgeschichtlichen Archäologie

18 – 2021





# Inhalt

Vorwort

7 *Martin Bartelheim*

Die ersten hundert Jahre des Tübinger Instituts für Ur- und Frühgeschichte und Archäologie des Mittelalters

15 *Heiko Tiede*

An Exercise in the Reconstruction of eneolithic Population Densities in South East Europe

27 *Fabian Haack*

Erdwerke und ritualisierte Gewalt: Herxheim und das Ende der Bandkeramik

45 *Gunter Schöbel*

Regionale und zentrale Ausstellungen in Baden und Württemberg während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

# Regionale und zentrale Ausstellungen in Baden und Württemberg während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Gunter Schöbel

## Zusammenfassung

Der nachfolgende Beitrag unternimmt den Versuch, die Entwicklung der archäologisch ausgerichteten Museen im gesellschaftspolitischen Kontext zwischen 1918 und 1950 im Südwesten Deutschlands darzustellen<sup>1</sup>.

## Der Südwesten – Zur Situation während der Weimarer Republik

1918 herrschte Aufbruchsstimmung. 115 Schlösser waren deutschlandweit plötzlich in republikanische Hände gelangt. Die Denkmalpflege setzte sich nicht für ihre Sozialisierung, sondern erfolgreich für ihre Nutzung als „Museumsschlösser“ ein. Viele von ihnen entwickelten sich zu repräsentativen Ausstellungsräumen, zu Schau- und Studiensammlungen. In Baden überließ Großherzog Friedrich II. der Republik 1919 das Karlsruhe Schloss mitsamt seinen Sammlungen. Die Archäologie wurde objektbezogen 1923–1925 im Westflügel des Schlosses aufgestellt. In Württemberg übergab König Wilhelm II. Ende 1918 seine Stuttgarter Schlösser an das Volk. Die Eröffnung der Archäologischen Sammlungen im Neuen Schloss erfolgte am 22. September 1922, die Eröffnung der Altertümersammlung im Alten Schloss datiert vom 04. Oktober 1930.

Was heute rückblickend als Kontinuum erscheinen mag – der König übergibt großzügig seine Schätze samt Schlössern an das Volk, und die Historiker und Museumsfachleute gestalten –, sah mit Blick von der Straße ganz anders aus. Dort standen ganz andere Bewegungen im Fokus: Der junge Volksstaat sah sich Angriffen der extremen Rechten und Linken ausgesetzt. Inflation, Wohnungsnot, Versorgungsengpässe und gravierende ökonomische und soziale Probleme beherrschten das Alltagsleben der Menschen.

Vom 04.–12. Januar 1919 gab es in Stuttgart den ersten Putschversuch der Spartakisten, der sich aus Teilen der Arbeiterräte von Daimler und Bosch, aber auch aus ehemaligen Frontsoldaten zusammensetzte. Es gab Tote und Verletzte. Der zweite Putschversuch der Spartakisten zwischen dem 31. März und 10. April 1919 forderte 16 Tote und 50 Schwerverletzte. Studentenbataillone aus Tübingen, Freikorps und Reservebataillone aus Cannstatt wurden zur Unterstützung zu Hilfe gerufen. Darunter waren auch Carlo Schmidt, späterer Kommandant des 2. Tübinger Bataillons und nach dem Krieg Landesvorsitzender der SPD Württemberg-Hohenzollern, und Heinz Dürr, der spätere Fotograf des Tübinger Urgeschichtlichen Institutes, der die Geschehnisse vom April 1919 mit seiner Kamera festhielt.

Adolf Hitler trat in Stuttgart im Mai und Oktober 1920 drei Mal auf Einladung des Schutz- und Trutzbundes im Dinkelacker Saalbau und im Herzog Christoph auf. Im Mai 1920 entstand die erste Stuttgarter NSDAP Ortsgruppe – nach Dortmund war es erst die zweite außerhalb

---

<sup>1</sup> Gekürzte Version eines Vortrags, gehalten am 18.05.2017 in Tübingen. Für eine vollständige, ausführliche Version des Vortrags mitsamt aller Quellen siehe Schöbel 2016.

Bayerns. Der Hass auf die neue Republik verband viele Bürger, die gerade aus dem Ersten Weltkrieg gekommen waren und denen wir in den folgenden Jahren immer wieder begegnen. Dort liegen die Netzwerke begründet, auf die wir nachfolgend blicken müssen.

1920 wurde der Prähistoriker Peter Goessler in Stuttgart Nachfolger von Eugen Gradmann als Direktor der Denkmalpflege und des Museums. Oscar Paret hatte kurz vorher seinen Dienst im Amt und im Museum begonnen. Walter Veeck, ab 1934 Direktor, trat 1921 als Volontär in den Dienst des Museums ein.

Aufgrund von Forderungen Rudolf Virchows und Anregungen Karl Liebknechts im Preußischen Landtag entstanden in den frühen 1920er Jahren in Deutschland erste Freilichtmuseen unter dem Aspekt der darstellenden Sachkultur abseits der Hauptstädte (Schöbel 2016). Sie sollten sich an Orten wie in Unteruhldingen (Gründung 1922) etablieren. Da die Ausstattung der Freilichtmuseen weniger aus Originalfunden als aus Repliken und Hausmodellen bestand, waren sie reformpädagogisch gut geeignet, um Wissen anschaulich zu vermitteln, doch bei der staatlichen Museumsverwaltung waren diese nicht gerne gesehen. Vergleichende regionale Sammlungen kamen nun auf. Die Kulturgeschichte eines geografischen Raumes, nicht die Staatengeschichte sollte nachgezeichnet werden. Thematische Kontexte dominierten und wurden durch Dioramen, Modelle und Rekonstruktionsbilder ergänzt. Heimatmuseen schossen damals wie Pilze aus dem Boden. Es entstanden neue Museumsformen, vor allem auf dem Land, in den kleinen Städten, die ihre Funde aus Beständen von Altertumsvereinen und Privatpersonen erhielten. Wo etwas fehlte, wie im Heimatmuseum Buchau, rief man sogar die Bürger zum Sammeln auf oder führte eigene Ausgrabungen durch. Sachlich vergleichende Fundreihen zur Urgeschichte für Lehre und Bürgertum wurden – wie auf Schloss Hohentübingen durch das Urgeschichte Forschungsinstitut – durch unabhängig finanzierte und autonom ausgrabende Universitätsinstitute entwickelt. Das traditionelle Museum trat in eine Diskussion über ein demokratisches Museum ein – wie dies Martin Roth bei seiner Bearbeitung der Heimatmuseen bemerkte (Roth 1990, 17). Heimatmuseen schossen damals wie Pilze aus dem Boden. Hans Ulrich Wehler sprach in der Rückbetrachtung geradezu von einem „klassischen Soziallaboratorium“, das sich nun ausbildete (Wehler 1973).

Der Konflikt zwischen den staatlichen und regionalen Interessen war aufgrund der noch ungeklärten Gesetzeslage beim Denkmalschutz, aber auch bei der Museumszuständigkeit, vorprogrammiert. Das Format der regional verwurzelten Heimatmuseen war unter dem pädagogischen Aspekt besser für Schulen, aber auch für den sich entwickelnden Fremdenverkehr und die breite Bevölkerung geeignet. Dem Traditionsmuseum der Hauptstadt hingegen hing schon damals die Aura bürgerlicher Hochkultur an, weshalb eine Durchdringung der Arbeiterschichten, obwohl immer wieder gefordert, damit kaum erreicht werden konnte. Ziel der Heimatmuseen war dagegen die Stärkung der Heimat- und Vaterlandsliebe, des Geschichtsverständnisses und der Volksbildung – eine sozialintegrative Identitätsbildung, wie sie nicht nur die Sozialdemokratische Arbeiterpartei seit 1871, sondern auch der Schwäbische Museumsverband noch kurz vor seiner Auflösung am 19. September 1933 beim Kultusministerium in Stuttgart für die Heimatpflege in Schulen verstärkt gefordert hatte.

Insgesamt fanden in Baden und Württemberg-Hohenzollern zwischen 1918 und 1932 in 14 Jahren 45 Neugründungen und Neuaufstellungen von Museen statt, das waren im Schnitt etwa

3,2 pro Jahr. Zwischen 1871 und 1918 waren es 34 und somit im Schnitt etwa 0,6 pro Jahr gewesen (Abb. 1).

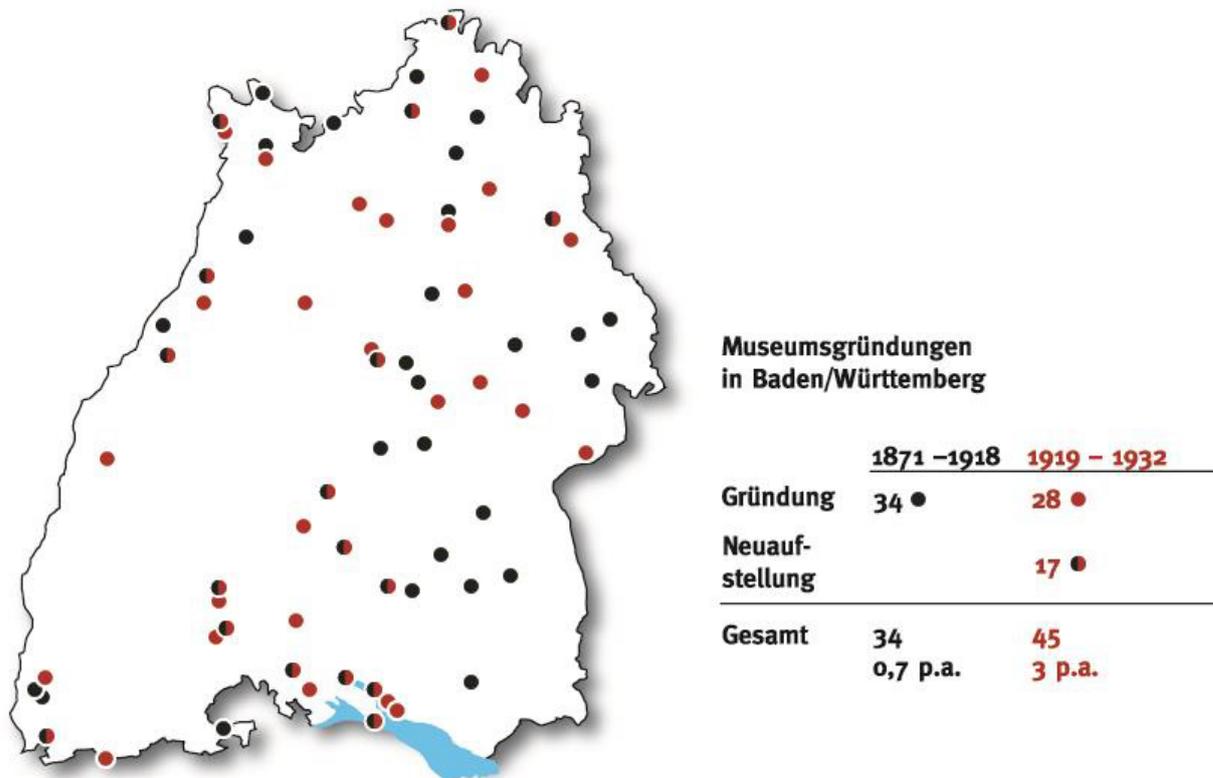


Abb. 1: Übersicht zu den Museumsgründungen in Baden und Württemberg 1871–1918 sowie für den Zeitraum 1919–1932 (Archiv PM/Reinerth, 1941; GLA KA, Lebenserinnerungen Paret).

## Der Südwesten – Zur Situation während des Nationalsozialismus

1933 gerieten die Museumsvereine unter politischen Druck. In Buchau wurde die Zugehörigkeit zum Schwäbischen Museumsverband aufgelöst. Moritz Vierfelder, jüdischer Schriftführer, dokumentierte den Übergang zum staatlich gelenkten Württembergischen Museumsverband mit einem Wechsel seiner Schrift von Latein zu Sütterlin im Protokollbuch. Sehr unerfreulich war der starke Rückgang der Mitgliederzahl in Buchau um 40 Prozent von 100 auf 60. Die jüdischen Mitglieder waren sämtlich „ausgetreten“. Parallel dazu erfolgte der Beitritt in den Reichsbund für Vorgeschichte. Der NS-Bürgermeister kam in den Vorstand. In anderen Städten waren es die Kreisleiter oder die Propagandabbeauftragten, die in die Vorstände der Vereine berufen wurden. Eine 20 Jahre lang, auch von den jüdischen Mitbürgern mit finanzieller Kraft und kultureller Expertise getragene Museums- und Vereinsgeschichte, ging damit in Buchau ähnlich wie an anderen Orten zu Ende. Die NS-Gleichschaltung 1933 beendete das freie Spiel der Kräfte. Was von außen als „germanisch-völkische“ Pervertierung der Geschichtsvermittlung wahrgenommen wird, war aus heutiger Sicht der Forschung das Ergebnis verschiedener Ansätze innerhalb der NS-Kulturpolitik, die Archäologie zu kontrollieren. Es war der Versuch, Macht und Stellen in der Archäologie mithilfe der Ideologie zu schaffen. Aufgrund der ungeklärten administrativen Zuständigkeiten in den Museen fanden sich verschiedene Wege, um dieses Ziel zu erreichen.

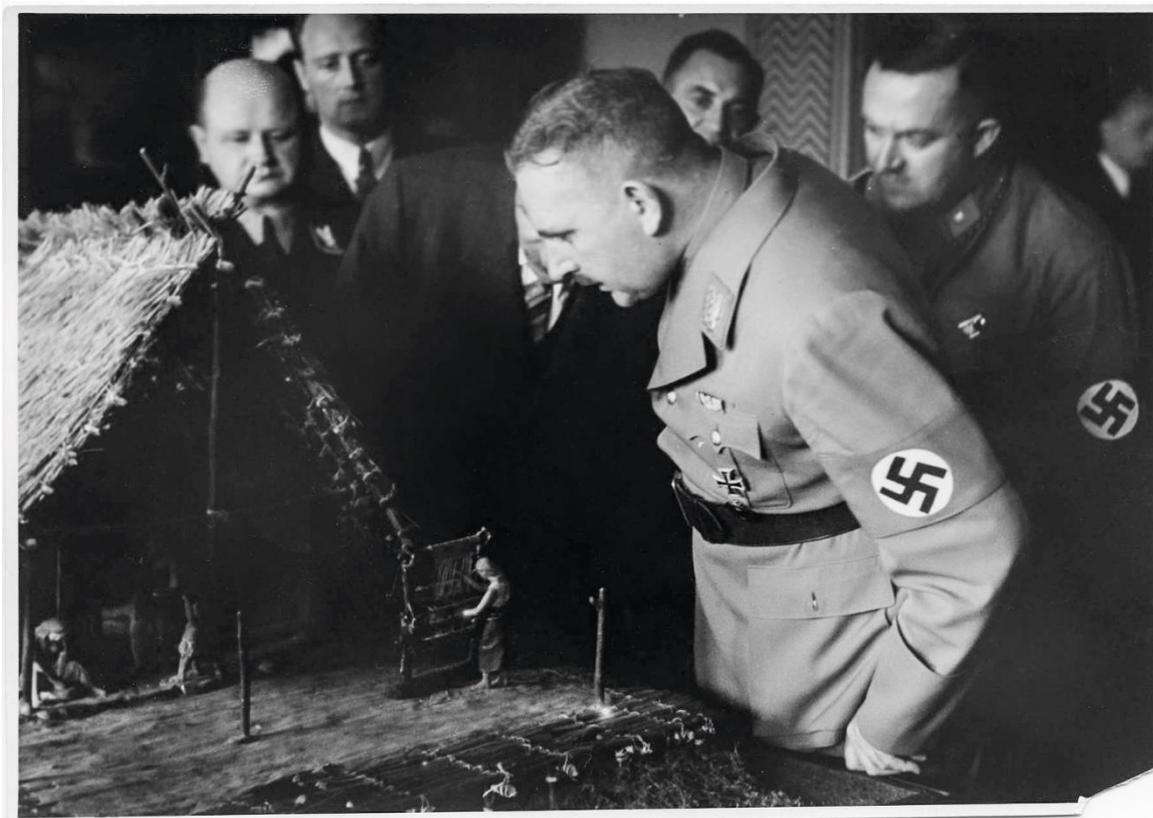
Am 7. März 1933 versuchte Joseph Goebbels, seit 1929 NS-Reichspropagandaleiter, die Museen für seine Aufgabe der Volksaufklärung einzubinden, doch dies verhinderten zunächst seine Mitstreiter. Bernhard Rust war ab dem 01. Mai 1934 das gesamte Erziehungs-, Bildungs- und Unterrichtswesen im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin zugeordnet. Dagegen opponierten seine Kollegen sowie die Länderkultusverwaltungen.

1935 kam Heinrich Himmler mit dem völkisch-rassisch ausgerichteten SS-„Ahnenerbe“ und seinen Archäologen ins Spiel. Seine Forderung, bis 1939 alle wichtigen Museen und Funde ihm zu unterstellen, bremste der Kriegsausbruch.

Die deutsch-völkischen Kreise um Alfred Rosenberg mit dem 1928 gegründeten Kampfbund für deutsche Kultur saßen schon 1932 für die Gleichschaltung und die nationalpolitische Schulung der Bevölkerung in den Startlöchern. Sie scheiterten auf archäologischem Sektor 1935 und hatten Himmler und Rust als Gegner.

Zwischen diesen Parteiideologen versuchten die für Kultus, Denkmalpflege und Landesmuseen zuständigen Länderbehörden, sich durch ihre Exponenten wie Ministerpräsident Mergenthaler in Württemberg und Gauleiter Wagner in Baden als weitere Kraft einzubringen und sich Museumsterrain anzueignen – wie dies Markus Walz (Walz 2015) mit Blick auf das gesamte Reichsgebiet kürzlich darstellte. Der archäologische Fund wurde zum Propagandainstrument, zum völkischen Belegmittel, zur rassistischen und erzieherischen Geschichtsquelle.

Die Reichspropaganda unter Goebbels nahm durch die Kultur- und Pressekommission sowie durch die Gaupropagandaleitungen Einfluss. Bei der Badischen 2. NS Gaukulturwoche 1937 in



*Abb. 2: Reichsminister Rust beim Besuch der Urvorgeschichtlichen Lehrsammlung auf Schloss Hohentübingen in Begleitung des Rektors und Prof. Riek (rechts im Vordergrund) am 06.05.1935 (Stadtarchiv Tübingen/Goehner).*

Karlsruhe etwa war „Die Kultur der heimischen Vorzeit“ mit Bodenfunden im Landesgewerbeamt ausgestellt. Die Grenzlandausstellung 1941 in Straßburg zu prähistorischen Straßen im Rahmen der Ausstellung „Deutsche Wirtschaftskraft“ verzeichnete über 500.000 Besucher. Sie war von der Denkmalpflege Badens, der Volksaufklärung Goebbels und dem Autobahnministerium konzipiert. Bernhard Rust wandte sich ab 1935 in mehreren Erlassen an die Kultusministerien gegen die Fehlgründungen von Heimatmuseen. Er forderte eine Einschränkung des Museumswildwuchses und favorisierte NS-Erziehungsmuseen. Die kleinen, halb privaten Einrichtungen sollten verschwinden, damit zukünftig eine effektivere Erziehungsarbeit geleistet werden könne. Er sprach sich für die Zentralisierung von Museumsverwaltungen sowie für eine Konzentration der Objekte überregionaler Bedeutung in den Landes- und Provinzmuseen aus, da diese in den unzähligen kleinen Museen verloren gingen. Aus Tübingen wurden nach dem Ende des unabhängigen Forschungsinstitutes UFI unter Prof. Schmidt, das aus der Sicht der Verwaltung als „wildes Experiment“ galt, in den Folgejahren wichtige Bestände (Inventare Vogelherd, Schussenried-Riedschachen, Wasserburg-Buchau, Hailfingen) nach Stuttgart abgegeben. An den Universitäten wie in der neu aufgestellten Sammlung Tübingen 1935 unterstützte Rust in einem neuen Ansatz die Herausbildung der interdisziplinären und nationalsozialistischen Fächertrias von Urgeschichte, Volkskunde und Rassenkunde und stellte als ehemaliger Gymnasiallehrer die Verwertung für das Erziehungswesen in den Vordergrund (Abb. 2). Eine Flut von Vermittlungsmedien entstand, von der prähistorischen Hakenkreuzsammlung auf den Tongefäßen für den Unterrichtsfilm beim RfDU (Reichsstelle für den Unterrichtsfilm) über Lehrmittelsammlungen autorisierter Lehrmittelverlage bis hin zu Schulwandbildern (Beck/Tim 2015).

Die Gruppe Himmler arbeitete ab 1935 im Verborgenen, rekrutierte stetig neue junge archäologische Wissenschaftler. Am 28. Juli 1936 besichtigte Himmler unter größter Geheimhaltung die Goldfunde von Cannstatt, Esslingen-Sirnau und Ludwigsburg im Schloss in Stuttgart. SS-Angehörige der Tübinger Urgeschichte gruben in der Folgezeit in seinem Auftrag den Großgrabhügel Hohmichele bei der Heuneburg aus (Schöbel 2007). Auch über dem Kleinaspergle wehte die Hakenkreuzfahne (Abb. 3). Von Stuttgart aus wurden die Unternehmungen im Land dirigiert. SS-Oberführer Georg Altner, Gruppenführer Hans-Adolf Prützmann und SS-Standartenführer Ludolf von Alvensleben, die zwischen 1933 und 1939 den SS-Oberabschnitt X Stuttgart leiteten, knüpften die Fäden und engagierten sich für die Archäologie. Mittel für die Ausgrabungen kamen von Bosch, Daimler und Himmlers „Ahnenerbe“ aus Berlin. Der Eiszeitforscher und Ausgräber Gustav Riek bezeichnete diesen Geldsegen bei seiner Entnazifizierung als Grund für den Eintritt in die SS.

Zwischen 1937 und 1942 war die Württembergische Kommission für Landesgeschichte unter Beteiligung Stuttgarter und Tübinger Prähistoriker und Rassenkundler mit der Erstellung eines Kataloges zur Rassen- und Siedlungsgeschichte beschäftigt. Hier spielte im Rahmen der Volkstumspolitik die Herkunftsfrage der nordischen Sueben eine wichtige Rolle. Dies schloss Skelettmaterial aus archäologischen Perioden wie auch Schädelmessungen von sogenanntem „rezentem Material“ an Bewohnern der Schwäbischen Alb mit ein (Schöbel 2012 und 2015). Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten und Dr. Häring vom Staatsarchiv und in Anwesenheit von Walter Veeck (Abb. 4), Rudolf Schmidt, Oscar Paret, Werner Fleischhauer und Wilhelm Gieseler fanden Sitzungen im Schloss im regelmäßigen Beisein der Gauleitung und des SS-



Abb. 3: Dr. O. Paret, Kleinaspergle, 19.02.1937 (Landesmuseum Württemberg, Stuttgart).

Standartenführers Dr. Wilhelm Kinkelin aus dem Stab des Reichsbauernführers statt. Kinkelin, Arzt aus Pfullingen, war ein Protagonist der „Blut- und Boden-Ideologie“. Er war in Württemberg im Range eines Ministerialdirigenten als Vertreter des Ministerpräsidenten tätig und später bis 1945 Leiter der Abteilung Volks- und Siedlungspolitik im Ostministerium Rosenberg. In der amtlichen Berichterstattung stellte sich das Projekt wie folgt dar: Nach dem NS-Kurier Stuttgart vom 17.11.1936 und dem Regierungsanzeiger vom 11. Februar 1937 erfolgte nach eingereichter neuer Satzung die Berufung von 30 Vertretern. Es ging nach Vorschlägen des Gauleiters Murr und des Parteiideologen Rosenberg um die Formung eines neuen Geschichtsbildes unter Führung der Partei. Wie eine Verlautbarung des Vorsitzenden Hermann Haering im August 1945 der Nachkriegsgeneration gegenüber den amerikanischen Behörden nahelegte, war das aus Kriegsgründen nicht mehr vollendete Projekt als „allgemeiner Geschichtlicher Atlas“ gedacht.

Im Januar 1943 empfahl Himmler als Chef der Sicherheitspolizei (Gestapo) in Berlin persönlich über das SS-„Ahnenerbe“ allen Abteilungen eine Abhandlung über „Das Rechteckhaus“ von Oscar Paret (Schöbel 2002). Es handle sich um eine neue These zur Vorgeschichtsforschung und um ein Werk größter Bedeutung – es ging um den Pfahlbaustreit. Der Artikel wurde in kurzer Zeit mehr als 300-mal in der gleichgeschalteten Presse veröffentlicht, zum Teil wortgleich, und wurde zur SS-Doktrin, auch in den Vorgeschichtsschulungen der Parteigliederungen. Beschädigt werden sollte damit die konkurrierende Rosenberg-Archäologie und ihr Exponent „Pfahlbau-Reinerth“ in Berlin, weniger das Pfahlbaumuseum Unteruhldingen, das

Rekonstruktionen prähistorischer Pfahlbauten zeigt. Dies hatte sich entgegen den Wünschen Himmlers als Freilichtmuseum in Vereinsträgerschaft 1938 nicht in die zeitübliche Museumsorganisation eines Landes, sondern als einziges Museum in Baden und Württemberg vollständig in den von Hans Reinerth geführten Reichsbund für Vorgeschichte eingliedern lassen.

Die Archäologen Rosenbergs unter Hans Reinerth, die versierte ehemalige Tübinger Urgeschichtler in ihren Reihen hatten, versuchten nach der gescheiterten Gleichschaltung 1935 in Baden-Württemberg

mit Buchau, Unteruhldingen und später noch Radolfzell drei Vereinsmuseen auf dem Lande zu entwickeln. In Ulm war 1936 in der Markthalle bereits mit Getöse die erste Propagandaschau des Reichsbundes „Lebendige Vorzeit“ mit Nachbildungen vorgeschichtlicher Funde, vor allem mit Hausmodellen, inszeniert worden. In Unteruhldingen am Bodensee veränderten sich nachfolgend die Vermittlungsinhalte. Das „Herrenhaus“ wurde im Jahr 1938 zum „Führerhaus“. Das Steinzeitdorf erhielt nach der Übernahme durch den Reichsbund für Vorgeschichte in Baden und Württemberg 1938 ein wehrhaftes Gepräge. Im Fundmuseum wurden politische Sprüche aufgehängt, Politiker gingen im Museum ein und aus.

Schon 1936 hatte Rust als Vertreter Goebbels und als Leiter des Erziehungsministeriums das System der staatlich autorisierten Kontrolleure geschaffen: Die Museumspfleger, insgesamt 25 Verantwortliche – je einer für alle Provinzen und Länder im Reich – sollten Gutachten erstellen, Museen überprüfen und beraten, die Leiter schulen, Nachwuchs heranziehen und eine tragfähige politische Organisation entwickeln. Ein dezentrales Konzept mit Stärkung der Landes- und Regionalmuseen mit zentraler Anbindung in Berlin war geplant. Eine Magazinierung der Funde in Heimatmuseen sei abzulehnen, die Funde müssten an die Landesmuseen abgeführt werden, so lautete das Credo aus dem Hause Rusts. Alle Konservierungen sollten in den Werkstätten der Landesmuseen erfolgen. Schul- und Schulungsmuseen wären einzurichten. Eine Einbindung von Jugendführern der Hitler Jugend und Junglehrern für die Vermittlung sei sinnvoll, damit sie Museumsleiter bei Bedarf ersetzen könnten. Bis 1941 erfolgte eine Androhung der Schließung derjenigen Museen, die ihre Grundaufgaben nicht erfüllen würden. Rusts Ziel war es, Museen zu Bildungsstätten zu machen, die jeder Volksgenosse gerne aufsucht. Dazu müssten die Funde in würdigem Rahmen in guten Vitrinen präsentiert und in den Lernprozess des Volkes eingebunden werden. Am 01. März 1939, ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn, formulierte das Reichserziehungsministerium REM noch Erlasse: Prähistorische Sammlungen im Privatbereich und in Schulen sollten binnen eines halben Jahres schnell inventarisiert werden, Mittel und Personal hierzu würden zur Verfügung gestellt. Im Kriege sollten dann große Museen mit wichtigen Funden geschlossen werden, Heimatmuseen mit weniger wichtigen Funden aber sollten für die Bevölkerung wiedereröffnet werden, da, so Rust: „die deutschen Museen mit ihren



Abb. 4: Der Museumspfleger Württembergs Dr. W. Veeck, Direktor/Denkmalpfleger Sammlung Stuttgart (LAD RPS).

Ausstellungen in den inneren Abwehrkampf des aufgezwungenen Krieg(es) eingegliedert werden müssten“ (Archiv Landesamt für Denkmalpflege, Regierungspräsidium Stuttgart, Bestand v. Adelmansfelden, Akte Veeck).

Im Krieg entstand in einmütiger Zusammenarbeit der Ministerien 1942 die Schau „Deutsche Größe – 2000 Jahre Kampf am Rhein“. Zunächst erfuhr der Gast vom nationalen Leid der Deutschen seit 1918, von der Rheinlandbesetzung, dem „Schlagetermord“, von der Befreiung und – mit großformatigem Bild – vom Führerbesuch Adolf Hitlers in Straßburg. Eine Karte der Feldzüge der Wehrmacht leitete zur Archäologie über. Der Parcours mündete danach in eine Ehrenhalle für Hitler. Anschließend war die Schau in Colmar (September bis Oktober 1942) und in Mulhouse (November 1942 bis Januar 1943) zu sehen. Die Ausstellung erreichte zwar nicht die 500.000er Besuchermarke der Ausstellung „Deutsche Wirtschaftskraft“ aus dem Jahr 1941, übersprang aber als archäologische Schau in zwei Monaten die 110.000er-Grenze.

Zusammengerechnet fanden in den sechs Jahren von April 1933 bis August 1939 in Baden und Württemberg 55 Neugründungen und Neuaufstellungen von Museen mit archäologischen Funden statt, d. h. neun pro Jahr (Abb. 5). Dies waren dreimal mehr als in der Weimarer Zeit und 15-mal mehr pro Jahr als in der Kaiserzeit.

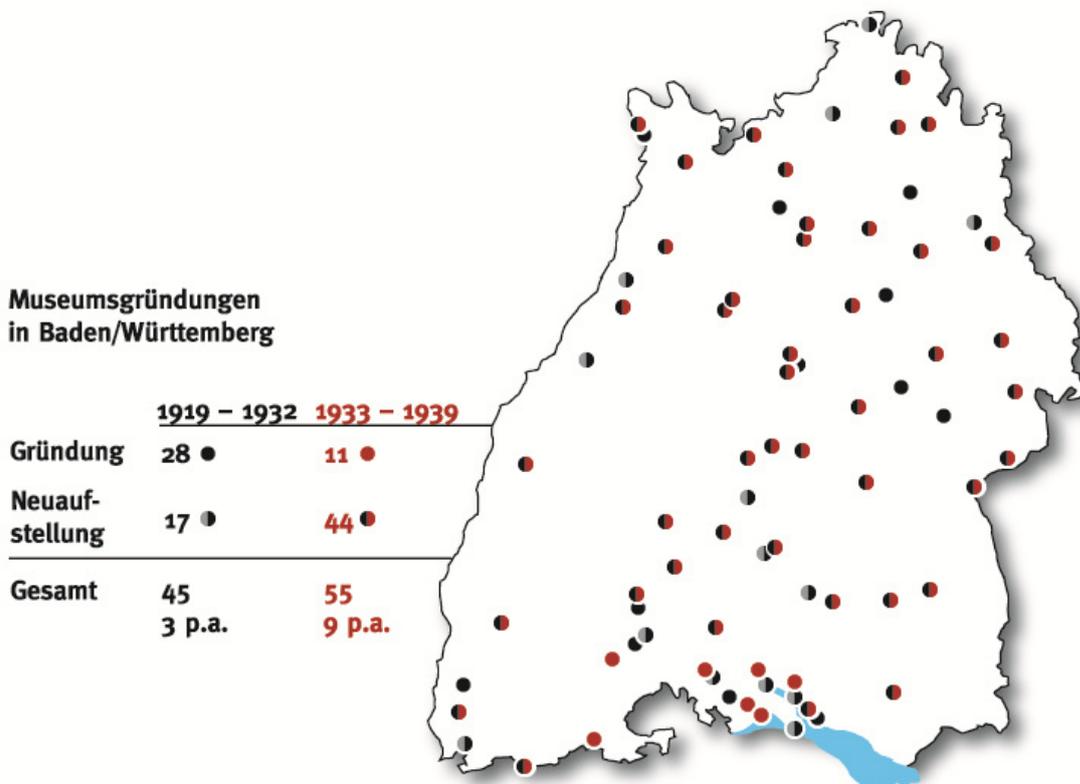


Abb. 5: Museumsgründungen in Baden-Württemberg mit vorgeschichtlichen Sammlungen 1919–1932 im Vergleich zu 1933–1939 mit der Kennzeichnung der Neuaufstellungen (Archiv PM/Reinerth, 1941; GLA KA, Lebenserinnerungen Paret).

## Ein erstes Fazit

Die Betrachtung der NS-Zeit ist durch eine Purifizierung der Bestände bei den erhaltenen Text- und Bildbelegen nach 1945 beeinträchtigt – besonders in Deutschland, weniger im besetzten Ausland. Diese Quellenlage macht eine belastbare Bewertung und Beweisführung im Detail für alle Fragestellungen schwierig, manchmal unmöglich. Doch jede weitere Information, jeder Brief, hilft bei der Rekonstruktion der damaligen Ereignisse. Eine lückenlose Darstellung der einzelnen Museumsentwicklungen nach 1918 in der besprochenen Zeit, nicht nur nach kunsthistorischen und denkmalpflegerischen Aspekten, sondern vielmehr auch in ideologischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht und zudem über 1945 hinaus, wäre für eine bessere Darstellung der festgestellten Veränderungen und Implikationen wünschenswert. Dabei sollte der Fokus zukünftig nicht mehr zuerst auf Personen oder Biografien, auf die Frage nach politischer „Verstrickung“ oder „Nichtverstrickung“, sondern auf die Netzwerke der Ministerien und aller beteiligten Parteigliederungen gerichtet werden. In der Betrachtung des Aufgabenwettstreits der Länderregierungen, ihrer Kultusministerien einschließlich Denkmalpflege und Museumsverwaltungen, der Universitäten mit ihren Gegenübern beim Reichserziehungsministerium, den Gaupropagandaleitungen, dem SS-„Ahnenerbe“ (Abb. 6) und dem „Amt Rosenberg“ liegt der Schlüssel zum Verständnis. Bei mindestens fünf beteiligten Interessengruppen in Baden und Württemberg-Hohenzollern, die sich in Konkurrenz, aber auch in wechselnden Allianzen um eine nationalpolitische Hoheit in den Museen bemühten, war es für die Protagonisten dieser Zeit nach 1945 leicht, sich als „Verfolgte“ mindestens einer Gruppe darzustellen. Dies lehrt einen Blick auf die noch überlieferten „Entnazifizierungsverfahren“ der Beteiligten, aber auch auf die meisten Binnenbetrachtungen einzelner Fachrichtungen und Interessengruppen, die nach dem Krieg oft als Legitimationsnarrative für und durch die Nachkriegsforschung entstanden und teils noch heute weiterleben.

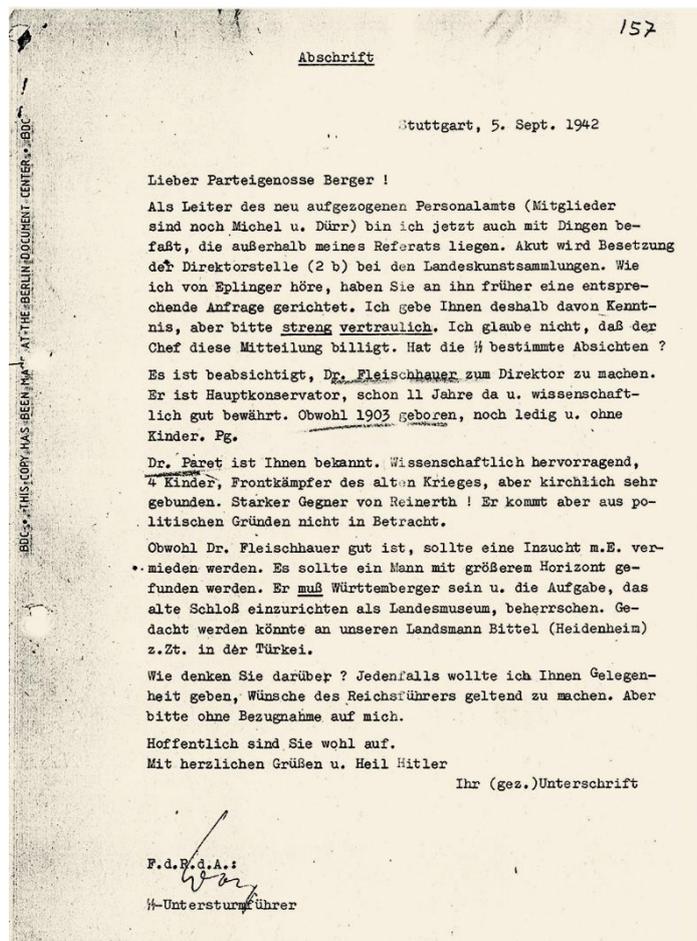


Abb. 6: Hinweis des SD/Gestapo Südwest zur Stellenneubesetzung des Direktorenpostens in Stuttgart mit Bitte um Angabe der Wünsche des Reichsführers SS H. Himmler vom 05.09.1942 (BDC.).

## Was passierte mit dem Personal und den Ausstellungen nach 1945?

Die Stellenbesetzungen in Stuttgart waren nach Kriegsende nicht einfach. Oscar Paret als kommissarischer Direktor hatte etwa vom Kultusministerium den Auftrag bekommen, zum Wiederaufbau von Amt und Museum nach geeigneten Personen Ausschau zu halten. Ein Schwabe sollte es wiederum sein, das war, wie er berichtete, vorgeschrieben. Paret schreibt am 20.11.1945: „Das Kultusministerium steht wie ich auf dem Standpunkt, dass für dieses Amt wo irgend möglich nur bodenständige schwäbische Forscher in Frage kommen. Mit Nachwuchs an Vorgeschichtsforschern aus dem Lande sieht es soweit mir bekannt wie folgt aus: Dr. Stoll, der in erster Linie in Frage kommt, ist vermisst. Für ihn sollte eine Stelle freigehalten werden. Prof. Riek ist noch nicht heimgekehrt. Als Angehöriger der SS kommt er nicht in Betracht. Dr. Rieth hat schon eine Stelle in Süd-Württemberg. Dr. Hülle und Dr. Ströbel waren Angehörige eines Reichsamtes der NSDAP. Dr. Stroh ist heimgekehrt, war Angehöriger der SS. Dr. Zürn wird zurückerwartet. Cand. Menzler, Schüler von Zeiss, ist gefallen. Cand. Junghans, Schüler von Zeiss, wird vermisst“. Auf Werner Fleischhauer, der auf Vorschlag der Ministerialdirektion bis zu seiner Amtsenthebung auf Befehl der Amerikanischen Militärbehörde am 21.10.1945 die Direktion leitete, folgte bis 1952 der Kunsthistoriker Prof. Dr. Julius Baum, den Theodor Heuss, der erste Kultusminister (damals Kultminister) in Württemberg, aus seinem Exil in der Schweiz zurückgerufen hatte.

Die Zentralisierungsbestrebungen und auch die geforderte Reduzierung auf wenige Schau- und Prunkstücke nach der Forderung des Reichserziehungsministers von 1935 wurden auch nach 1945 im neuen Südweststaat fortgesetzt. Die Tübinger Institutssammlung gab zwischen 1935 und 1957 alle wichtigen Funde nach Stuttgart ab und erhielt dafür Repliken. Die Fürstlichen Sammlungen Donaueschingen wurden nach Karlsruhe gegeben. Die Heimatmuseen erhielten abgegebene Funde teilweise als Leihgaben wieder zurück.

Festzuhalten ist: Alle Bilder und fast alle Modelle und Dioramen wurden nach dem 2. Weltkrieg entfernt. Die Angst, neben Funden Rekonstruktionen und Bilder zu zeigen, war in der Nachkriegszeit evident. Die zentralisierten Museums- und Denkmalpflegestrukturen in Länderhoheit jedoch blieben erhalten – und auch die „Didaktisierung“ und die „Ästhetisierung“ als Kernforderungen Rusts für die nationalpolitische Erziehung. Museologisch betrachtet nahmen enzyklopädische Darstellungen, Experimental- und Rekonstruktionsmuseen, Heimat- und Privatmuseen in ihrer Bedeutung für die Vermittlung nach 1945 im archäologischen Segment ab. Verstärkt wurden ab 1945 dagegen Schausammlungen, Schatzmuseen, Kunstmuseen und landespolitisch intendierte Museen, die eine staatliche Förderung erfuhren.

Am 18. Juli 1949 setzte sich Oscar Paret in Stuttgart kritisch mit dem neuen Ansatz einer jetzt kunstgeschichtlich orientierten Ausstellung mit dem neuen Direktor Baum in Stuttgart auseinander. Er monierte im Gespräch mit ihm die Darstellung „... in der Art der Schaufenster der Juwelierläden in der Königstrasse“ (Abb. 7). Dies änderte sich auch nicht, nachdem Werner Fleischhauer nach erfolgter Entnazifizierung und Wiedereinsetzung den Direktorenposten wieder übernahm. Mit dieser Version von Ausstellungskonzeption war mit einem Minimum an Texten und dem Verzicht auf großformatige Exponate scheinbar ein kollektives Heilmittel gegen die vormalige Propaganda und die Verfälschung der Inhalte gefunden. Allenfalls Holzschnitte und Umrisszeichnungen ersetzten in den wenigen bekannt gewordenen Ausstellungen auf dem Land von 1946 bis 1949 die bunten Bilder der 1920er- und 1930er-Jahre.

Weitergehende Interpretationen waren tabu, Germanen gab es im Südweststaat bis in die 1970er-Jahre nicht mehr, dafür aber bald wieder Fürsten, auf die projiziert werden konnte – jetzt aber nicht mehr im germanischen Kontext, sondern bei den Kelten.

Dabei war doch die dahinterstehende Idee, die ideologische und politische Ausrichtung schuldig gewesen und nicht das Bild – der Kommentar und nicht der archäologische Fund. Der narrative

Charakter des Objektes veränderte sich in den Ausstellungen. Der wertvolle, einzigartige Schatzfund, seine Aura als Kunstgegenstand, trat nach 1945 stärker in den Mittelpunkt und nicht länger seine umfassende Erzähl- und Kulturfunktion – seine Geschichte. Das regionale und das zentrale Prinzip in der Vermittlung existierten weiter, jedoch nicht mehr, wie nach 1918 erhofft, gleichberechtigt nebeneinander.



*Abb. 7: Blick in den neugestalteten Raum ‚Vorgeschichte, Steinzeit‘ im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart nach dem 2. Weltkrieg (Hell, Reutlingen, 1956).*

## Literaturverzeichnis

Beck/Timm 2015

E. Beck/A. Timm, Mythos Germanien. Das nationalsozialistische Germanenbild im Schulunterricht und Alltag der NS-Zeit. Ausstellungskatalog im Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund (Dortmund 2015).

Fischer/Lorenz 2015

T. Fischer/M. Lorenz, Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Bielefeld 2015).

Gehring et al. 2013

S. Gehring/F. von der Haar/U. Halle/D. Maharski/K. Walter. Graben für Germanien, Archäologie unterm Hakenkreuz. Ausstellungskatalog Focke-Museum Bremen (Stuttgart 2013).

Korff 2001

G. Korff, Das Popularisierungsdilemma. In: *Museumskunde* 66, 13–20.

Legendre et al. 2007

J.-P. Legendre/L. Olivier/B. Schnitzler. Introduction: L'Archéologie nazie en Europe de l'ouest. In: J.-P. Legendre/L. Olivier/B. Schnitzler, L'archéologie nationale-socialiste dans les pays occupés à l'Ouest du Reich (Gollion 2007) 21–42.

Leube 2013

A. Leube, Das „Ahnenerbe“ der SS und die deutsche Prähistorie. Die archäologischen Ausgrabungen. In: *Archäologie und Bodendenkmalpflege im Rheinland* 24 (Köln 2013) 97–124.

Roth 1990

M. Roth Heimatmuseum. Zur Geschichte einer Deutschen Institution. *Berliner Schriften zur Museumskunde* Band 7 (Berlin 1990).

Schnitzler 2013

B. Schnitzler, 1942. Elsässische Geschichte in Dienst der Nazi-Propaganda: Die Geschichtserziehungaktion und die Ausstellung „2000 Jahre Kampf am Rhein“. In: K. Krimm (Hrsg.), *NS-Kulturpolitik und Gesellschaft am Oberrhein 1940–1945*. *Oberrheinische Studien* 27 (Ostfildern 2013) 261–289.

Schöbel 2002

Hans Reinert, Forscher – NS Funktionär – Museumsleiter. In A. Leube/M. Hegewisch (Hrsg.), *Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933–1945* (Heidelberg 2002) 357, 386, Abb. 30.

Schöbel 2007

G. Schöbel, Geschichte aus dem Papierkorb – zu einem ungewöhnlichen Bilderfund. In: J.-P. Legendre/L. Olivier/B. Schnitzler (Hrsg.), *L'archéologie nationale-socialiste dans les pays occupés à l'Ouest du Reich* (Gollion 2007) 61–92.

Schöbel 2012

G. Schöbel, Wer MACHT Geschichte? Eine Ausstellung von Studierenden im Haspelturm Schloss Tübingen. Katalog einer studentischen Ausstellung zur Sammlung des Institutes für Ur- und Frühgeschichte der Universität Tübingen 1890–2012 (Unteruhldingen 2012).

Schöbel 2015

G. Schöbel, Indogermanen und Rassenwahn. Die NS-Geschichtsforschung als Legitimationsfach. In: E. Seidl (Hrsg.), *Forschung – Lehre – Unrecht. Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*.

Schriften des Museums der Universität Tübingen MUT (Tübingen 2015). <http://www.pfahlbauten.de/forschungsinstitut/documents/ForschungLehreUnrecht.pdf> (abgerufen am 12.09.2019).

Schöbel 2016

G. Schöbel, Regionale und zentrale Ausstellungen in Baden und Württemberg während der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. In: Plattform 23/24, 2014/15 (Markdorf 2016) 49–71.

Sénécheau/Samida 2015

M. Sénécheau/S. Samida, Living History als Gegenstand Historischen Lernens. Begriffe – Problemfelder – Materialien. Geschichte und Public History (Stuttgart 2015).

Walz 2015

M. Walz, Macht Vakuum Museumswesen? Sekundäranalyse von Abschlussarbeiten der Leipziger Fachschule für Museologen (1987–90) zu Museen als nationalsozialistisches Politikfeld, jenseits der Kunstpolitik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa-100193> (abgerufen am 12.09.2019).

Wehler 1973

H.-U. Wehler, Geschichte der historischen Sprachwissenschaft (Frankfurt am Main 1973).